



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

06. April 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

am kommenden Sonntag entscheiden die Darmstädterinnen und Darmstädter, wer Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt wird. Mein Eindruck ist, dass sich die Kommentarlage - vor allem im Echo - darauf fokussiert, die SPD-Oberbürgermeister der vergangenen Jahrzehnte zu bewerten - der Blick in die Zukunft fehlt mir eindeutig. Die Frage muss doch sein: Welcher Oberbürgermeister - und damit welche Politik - ist für Darmstadt das Beste? Ich bin davon überzeugt, dass niemand so gut die Bedürfnisse der Stadt und seiner Bürgerinnen und Bürger kennt und vertritt wie Walter Hoffmann. In zentralen Fragen hat er in den sechs Jahren seiner ersten Amtszeit die richtigen Weichen gestellt: Ihm ist es gelungen, die Zahl der Arbeitslosen entscheidend zu reduzieren, mehr Kinderbetreuungsplätze einzurichten und wirklich gute Ideen für den Umbau der ehemaligen US-Kasernen in bezahlbare Wohnquartiere für Jung und Alt gemeinsam zu entwickeln und mit der Bürgerschaft nun umzusetzen. Er macht sich stark für eine gesunde Wirtschaft vom Handwerksmeister bis zum Großbetrieb, für ein Mehr an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Und: Er will den städtischen Haushalt so konsolidieren, dass es keine Kahlschläge gibt. Ziele, die sich sehen lassen können, für die er steht. Es gibt also sehr gute Gründe, Walter Hoffmann am Sonntag zum Oberbürgermeister zu wählen - für die Zukunft unserer Stadt hat er die richtigen Ideen und Konzepte, und darum geht es!

Übrigens: Den Auftakt meiner diesjährigen Wanderung macht am 3. August die traditionelle Wanderung nach Roßdorf mit Abschlussrast im Wingert der Familie Edling - schon jetzt vormerken!

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries

Mitmachen I

Sozialwahl 2011 Zukunft wählen!

Das Superwahljahr 2011 hat noch mehr zu bieten: **Rund 48 Millionen Sozialversicherte sind bis zum 1. Juni aufgerufen, ihre Vertreterinnen und Vertreter für die Selbstverwaltungsparlamente** der Rentenversicherung und von fünf Ersatzkassen zu wählen. Damit bestimmen Sie wichtige Interessenvertreter für die Belange der Versicherten - nehmen Sie Ihr Recht wahr!

Ab dem kommenden Montag (11.) werden die Briefwahlunterlagen verschickt. **Alle wichtigen Infos rund um die Sozialwahl** gibt es unter www.sozialwahl.de.



Mitmachen II

Dieter-Baacke-Preis 2011

Mit dem Dieter-Baacke-Preis werden jedes Jahr beispielhafte medienpädagogische Projekte der Bildungs-, Kultur- und Sozialarbeit ausgezeichnet und mit insgesamt 10.000 Euro „belohnt“. Der Preis richtet sich gleichermaßen an Projekte von außerschulischen Trägern und an Kooperationsprojekte zwischen schulischen und außerschulischen Trägern.

In fünf Kategorien - z.B. interkulturelle oder intergenerative Projekte - können sich Institutionen, Initiativen und auch Einzelpersonen mit innovativen, originellen und mutigen Ideen bewerben. **Bewerbungsschluss ist der 31. August. Mehr unter www.dieterbaackepreis.de.**

Bundestag berät Aufgabenplanung der Deutschen Welle

Die Deutsche Welle (DW) ist der deutsche Auslandsrundfunk mit Standorten in Bonn und Berlin - und sie ist Mitglied der ARD. **Zur Deutschen Welle gehören ein Fernsehprogramm in deutsch, englisch, arabisch und spanisch, ein Hörfunkprogramm und ein Internetangebot in 30 Sprachen sowie die DW-Akademie, die vor allem Schulungen für Rundfunkfachkräfte aus Entwicklungs- und Transformationsländern anbietet.** Die Deutsche Welle unterstützt den Austausch der Kulturen in Europa und anderen Kontinenten und fördert z.B. durch Deutschkurse die deutsche Sprache im Ausland. Die Medienangebote der DW wenden sich somit an Menschen in aller Welt, die sich für Deutschland und Europa interessieren. Man kann sagen: **Die Deutsche Welle sichert die Medienpräsenz Deutschlands in der Welt.**

In regelmäßigen Abständen legt die DW eine Aufgabenplanung vor, die der Bundestag als „Geldgeber“ berät. Die Deutsche Welle wird aus Steuermitteln des Bundes finanziert und hat einen jährlichen Etat von rund 270 Millionen Euro - sie hat rund 3.000 feste und freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weltweit! Mit ihren Angeboten erreicht die DW wöchentlich bis zu 86 Millionen Menschen. **Aktuell diskutieren wir im Parlament die Aufgabenplanung 2010-2013. Zentrales Thema ist die Ausrichtung der DW unter veränderten Rahmenbedingungen.** Nicht nur ein verändertes Mediennutzungsverhalten vor allem durch das Internet spielt dabei eine Rolle, auch gibt es mehr internationale Konkurrenz für die DW. Beispielsweise waren 1992 BBC World und CNN im Fernsehbereich die einzigen weltweiten Wettbewerber - heute sieht sich die Deutsche Welle 24 mehrsprachigen Auslandsfernsehsendern gegenüber. **Die zentrale Frage lautet also: Wie kann und soll sich die DW in Zukunft auf den internationalen Medienmärkten aufstellen?**

Alle Fraktionen im Kulturausschuss waren sich einig, dass man angesichts der Konkurrenz die Präsenz auf Kernregionen, z.B. in Asien, Afrika, den arabischen Staaten, Russland und Lateinamerika konzentrieren muss. Die Deutsche Welle muss außerdem finanziell langfristig so unterstützt werden, dass sie vor allem in Entwicklungsländern aktiv bleiben kann, um die Zusammenarbeit gerade mit ärmeren Ländern aufrecht zu erhalten - dafür setzt sich die SPD auch in Zukunft ein!

Mehr zur Arbeit der Deutschen Welle und zum Angebot weltweit gibt es unter www.dw-world.de.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/Rainer Sturm](#) (S. 2)
[aboutpixel/Thorwald Hoffmann](#) (S. 3)

Verbraucherschutz auch im Internet weiter stärken

Schon als Justizministerin habe ich wichtige Verbesserungen beim Verbraucherschutz im Telekommunikationsbereich durchgesetzt: Dazu gehört beispielsweise das Verbot unerlaubter Telefonwerbung, die Deckelung der Anwaltskosten bei Abmahnungen oder verbesserte Widerrufsrechte bei Vertragsfällen im Internet.

Dank der technischen Möglichkeiten entwickeln sich in der Telekommunikationsbranche innerhalb kurzer Zeit ständig neue Geschäftsmodelle. Das heißt: **Wir müssen wachsam sein, um auch bei neuen Entwicklungen das hohe Verbraucherschutzniveau sicherzustellen.** Dies betrifft vor allem die Transparenz von Angeboten und den Schutz vor Schuldenfallen und Belästigungen. **Deshalb muss die Bundesregierung bei der anstehenden Novelle des Telekommunikationsgesetzes weiter nachbessern - das fordert die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Antrag diese Woche im Bundestag. Wir schlagen vor:**

- **kostenlose Warteschleifen** bei Servicenummern wie den (0)180-Service-Diensten und (0)900-Premium-Diensten
- die **schriftliche Kündigung beim Anbieterwechsel**
- das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb so zu ändern, dass die **Verfolgung unerlaubter Telefonanrufe verbessert wird** - die Hinweise der Verbraucherberatungen zeigen, dass viele Verbraucher (leider) nach wie vor durch Werbung am Telefon belästigt werden
- die **Einwilligung in Telefonwerbung immer durch eine gesonderte Erklärung** durch den Verbraucher, die nicht in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen versteckt werden darf
- die **Höhe des Bußgelds bei Verstößen von jetzt 50.000 Euro auf 250.000 Euro anzuheben**

Ein weiteres Ärgernis bleiben die Kostenfallen im Internet. Dabei werden die Verbraucherinnen und Verbraucher oftmals mittels unklarer und irreführender Gestaltungsweisen über die Kostenpflichtigkeit getäuscht. **Einen Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Verbesserung der Verbraucherrechte durch eine sog. „Button-Lösung“ hat die Koalition leider im Herbst 2010 abgelehnt. Ein solcher Button würde dem Verbraucher vor Abgabe einer Bestellung im Internet durch ein besonders hervorgehobenes und vom Verbraucher zu bestätigendes Feld die Gesamtkosten anzeigen - eine einfache Lösung für mehr Verbraucherschutz im Internet, die von der Koalition verhindert wurde!**